

# Stadt Zwiesel

---

# **Geschäftsordnung**

**für den Stadtrat Zwiesel**

**(Geschäftsordnung – GeschO)**

Vom 14.09.2023

**Beschlossen: 14.09.2023**

**Inkrafttreten: 14.09.2023**

**Rechtsstand: 14.09.2023**

**Geschäftsordnung**  
**für den Stadtrat Zwiesel**

**Inhaltsverzeichnis**

<b>A. Die Gemeindeorgane und ihre Aufgaben</b> .....	4
<b>I. Der Stadtrat</b> .....	4
§ 1 Zuständigkeit im Allgemeinen.....	4
§ 2 Aufgabenbereich des Stadtrats .....	4
<b>II. Die Stadtratsmitglieder</b> .....	6
§ 3 Rechtsstellung der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder, Befugnisse.....	6
§ 4 Umgang mit Dokumenten und elektronischen Medien .....	7
§ 5 Fraktionen, Ausschussgemeinschaften .....	7
§ 6 Rechtsstellung der berufsmäßigen Stadtratsmitglieder, Aufgaben.....	7
<b>III. Die Ausschüsse</b> .....	8
<b>1. Allgemeines</b> .....	8
§ 7 Bildung, Vorsitz, Auflösung.....	8
<b>2. Aufgaben der Ausschüsse</b> .....	8
§ 8 Vorberatende Ausschüsse.....	8
§ 9 Beschließende Ausschüsse.....	9
§ 10 Rechnungsprüfungsausschuss.....	13
<b>IV. Der erste Bürgermeister</b> .....	13
<b>1. Aufgaben</b> .....	13
§ 11 Vorsitz im Stadtrat .....	13
§ 12 Leitung der Gemeindeverwaltung, Allgemeines .....	13
§ 13 Einzelne Aufgaben.....	14
§ 14 Vertretung der Gemeinde nach außen .....	17
§ 15 Abhalten von Bürgerversammlungen .....	17
§ 16 Sonstige Geschäfte .....	17
<b>2. Stellvertretung</b> .....	18
§ 17 Weitere Bürgermeister, weitere Stellvertreter, Aufgaben .....	18
<b>V. Ortssprecher</b> .....	18
§ 18 Rechtsstellung, Aufgaben.....	18

<b>B. Der Geschäftsgang</b> .....	18
<b>I. Allgemeines</b> .....	18
§ 19 Verantwortung für den Geschäftsgang.....	18
§ 20 Sitzungen, Beschlussfähigkeit.....	19
§ 21 Öffentliche Sitzungen.....	19
§ 22 Nichtöffentliche Sitzungen.....	19
<b>II. Vorbereitung der Sitzungen</b> .....	20
§ 23 Einberufung.....	20
§ 24 Tagesordnung.....	20
§ 25 Form und Frist für die Einladung.....	21
§ 26 Anträge.....	21
<b>III. Sitzungsverlauf</b> .....	22
§ 27 Eröffnung der Sitzung.....	22
§ 28 Eintritt in die Tagesordnung.....	22
§ 29 Beratung der Sitzungsgegenstände.....	23
§ 30 Abstimmung.....	23
§ 31 Wahlen.....	25
§ 32 Anfragen.....	25
§ 33 Beendigung der Sitzung.....	25
<b>IV. Sitzungsniederschrift</b> .....	25
§ 34 Form und Inhalt.....	25
§ 35 Einsichtnahme und Abschrifterteilung.....	26
<b>V. Geschäftsgang der Ausschüsse</b> .....	26
§ 36 Anwendbare Bestimmungen.....	27
<b>VI. Bekanntmachung von Satzungen und Verordnungen</b> .....	26
§ 37 Art der Bekanntmachung.....	27
<b>C. Schlussbestimmungen</b> .....	27
§ 38 Änderung der Geschäftsordnung.....	27
§ 39 Verteilung der Geschäftsordnung.....	28
§ 40 Inkrafttreten.....	28

Der Stadtrat Zwiesel gibt sich aufgrund des Art. 45 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch § 1 Abs. 38 der Verordnung vom 26. März 2019 (GVBl. S. 98), folgende

## **Geschäftsordnung:**

### **A. Die Gemeindeorgane und ihre Aufgaben**

#### **I. Der Stadtrat**

##### **§ 1**

##### **Zuständigkeit im Allgemeinen**

(1) Der Stadtrat beschließt über alle Angelegenheiten des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises, soweit sie nicht ausdrücklich beschließenden Ausschüssen übertragen sind oder aufgrund Gesetz bzw. Übertragung durch den Stadtrat in die Zuständigkeit des ersten Bürgermeisters fallen.

(2) <sup>1</sup>Der Stadtrat überträgt die in § 8 genannten Angelegenheiten vorberatenden Ausschüssen zur Vorbereitung der Stadtratsentscheidungen und die in § 9 genannten Angelegenheiten beschließenden Ausschüssen zur selbstständigen Erledigung. <sup>2</sup>Er kann sich die Behandlung und Entscheidung im Einzelfall vorbehalten, wenn das die Bedeutung der Angelegenheit erfordert; § 9 Abs. 3 Nr. 5 bleibt unberührt.

##### **§ 2**

##### **Aufgabenbereich des Stadtrats**

Der Stadtrat ist insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig:

1. die Beschlussfassung zu Bestands- oder Gebietsänderungen der Gemeinde und zu Änderungen des Namens der Gemeinde oder eines Gemeindeteils (Art. 2 und 11 GO),
2. die Entscheidung über Ehrungen, insbesondere die Verleihung und die Aberkennung des Ehrenbürgerrechts (Art. 16 GO),
3. die Bildung und die Zusammensetzung der Ausschüsse sowie die Zuteilung der Aufgaben an diese (Art. 32, 33 GO),
4. die Aufstellung von Richtlinien für laufende Angelegenheiten nach Art. 37 Abs. 1 Satz 2 GO,
5. die Verteilung der Geschäfte unter die Stadtratsmitglieder (Art. 46 Abs. 1 Satz 2 GO),

6. die Wahlen (Art. 51 Abs. 3 und 4 GO),
7. die Beschlussfassung über Angelegenheiten, zu deren Erledigung die Gemeinde der Genehmigung bedarf,
8. den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen und Verordnungen, ausgenommen alle Bebauungspläne und alle sonstigen Satzungen nach den Vorschriften des Ersten Kapitels des Baugesetzbuchs sowie alle örtlichen Bauvorschriften im Sinn des Art. 81 der Bayerischen Bauordnung, auch in den Fällen des Art. 81 Abs. 2 der Bayerischen Bauordnung,
9. die Beschlussfassung über die allgemeine Regelung der Bezüge der Gemeindebediensteten und über beamten-, besoldungs-, versorgungs- und disziplinarrechtliche Angelegenheiten der Bürgermeister, soweit nicht das Gesetz über kommunale Wahlbeamte oder das Bayerische Disziplinargesetz etwas anderes bestimmen,
10. die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und über die Nachtragshaushaltssatzungen (Art. 65 und 68 GO),
11. die Beschlussfassung über den Finanzplan (Art. 70 GO),
12. die Feststellung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe sowie die Beschlussfassung über die Entlastung (Art. 102 GO),
13. die Entscheidungen im Sinne von Art. 96 Abs. 1 Satz 1 GO über gemeindliche Unternehmen,
14. die hinsichtlich der Eigenbetriebe dem Stadtrat im Übrigen gesetzlich vorbehaltenen Angelegenheiten (Art. 88 GO),
15. die Bestellung und die Abberufung des Datenschutzbeauftragten,
16. die Entscheidung über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens (Art. 18 a Abs. 8 GO) und die Durchführung eines Bürgerentscheids (Art. 18 a Abs. 2, Abs. 10 GO),
17. die allgemeine Festsetzung von Gebühren, Tarifen und Entgelten, soweit diese nicht einem beschließenden Ausschuss übertragen ist,
18. die Entscheidung über Ernennung, Beförderung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an eine Einrichtung, Ruhestandsversetzung und Entlassung der Beamten ab Besoldungsgruppe A 9,
19. die Entscheidung über Einstellung, Höhergruppierung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an einen Dritten, Beschäftigung mittels Personalgestellung und Entlassung der Arbeitnehmer ab Entgeltgruppe 9 des TVöD oder ab einem entsprechenden Entgelt,
20. die Entscheidung über Altersteilzeit der Beamten und Arbeitnehmer,
21. die Beschlussfassung über die Beteiligung an Zweckverbänden und, soweit hoheitliche Befugnisse übertragen werden, über den Abschluss von Zweckvereinbarungen,
22. die grundsätzlichen Angelegenheiten gemeindlicher Planungen, z. B. der Bauleitplanung (Flächennutzungsplanung), der Ortsplanung, der Landschaftsplanung,

- der Landesplanung, der Gewässerplanung einschließlich Hochwasserschutz und gemeindeübergreifender Planungen und Projekte,
23. Bauantragsverfahren mit erheblicher städtebaulicher Bedeutung,
  24. die Namensgebung für Straßen, Schulen und sonstige öffentliche Einrichtungen,
  25. der Vorschlag, die Entsendung und die Abberufung von Vertretern der Gemeinde in andere Organisationen und Einrichtungen,
  26. die Beschlussfassung über die Vereinbarung einer kommunalen Partnerschaft,
  27. die grundsätzlichen Angelegenheiten gemeindlich verwalteter Stiftungen, insbesondere Änderungen des Stiftungszwecks,
  28. die Angelegenheiten der Sparkassen, soweit die Gemeinde als Träger zur Mitwirkung betroffen ist.

## **II. Die Stadtratsmitglieder**

### **§ 3**

#### **Rechtsstellung der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder, Befugnisse**

- (1) Stadtratsmitglieder üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge nicht gebunden.
- (2) Für die allgemeine Rechtsstellung der Stadtratsmitglieder (Teilnahmepflicht, Sorgfalts- und Verschwiegenheitspflicht, Geheimhaltungspflicht, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Geltendmachung von Ansprüchen Dritter, Ablehnung, Niederlegung und Verlust des Amtes) gelten die Art. 48 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 bis 3, Art. 56a, Art. 49, 50, 48 Abs. 3 GO sowie Art. 47 bis Art. 49 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz.
- (3) <sup>1</sup>Der Stadtrat kann zur Vorbereitung seiner Entscheidungen durch besonderen Beschluss einzelnen seiner Mitglieder bestimmte Aufgabengebiete (Referate) zur Bearbeitung zuteilen und sie insoweit mit der Überwachung der gemeindlichen Verwaltungstätigkeit betrauen (Art. 46 Abs. 1 Satz 2, Art. 30 Abs. 3 GO). <sup>2</sup>Die Referenten geben dem Stadtrat einmal jährlich einen Tätigkeitsbericht.
- (4) Zur Ausübung von Verwaltungsbefugnissen sind Stadtratsmitglieder nur berechtigt, soweit ihnen der erste Bürgermeister im Rahmen der Geschäftsverteilung nach Anhörung der weiteren Bürgermeister einzelne seiner Befugnisse (§§ 12 bis 16) überträgt (Art. 39 Abs. 2 GO).
- (5) <sup>1</sup>Stadtratsmitglieder, die eine Tätigkeit nach Absatz 3 oder 4 ausüben, haben ein Recht auf Akteneinsicht innerhalb ihres Aufgabenbereichs. <sup>2</sup>Zur Vorbereitung von Tagesordnungspunkten der nächsten Sitzung hat jedes Stadtratsmitglied nach vorheriger Terminvereinbarung das Recht zur Einsicht in die entscheidungserheblichen Unterlagen, sofern Gründe der Geheimhaltung nicht entgegenstehen. <sup>3</sup>Im Übrigen haben Stadtratsmitglieder ein Recht auf Akteneinsicht, wenn sie vom Stadtrat durch Beschluss mit der Einsichtnahme beauftragt werden. <sup>4</sup>Das Verlangen zur Akteneinsicht ist gegenüber dem ersten Bürgermeister geltend zu machen.

## **§ 4**

### **Umgang mit Dokumenten und elektronischen Medien**

(1) <sup>1</sup>Der Verschwiegenheitspflicht unterfallende schriftliche und elektronische Dokumente, insbesondere Sitzungsunterlagen, sind so aufzubewahren, dass sie dem unbefugten Zugriff Dritter entzogen sind. <sup>2</sup>Im Umgang mit solchen Dokumenten beachten die Stadratsmitglieder Geheimhaltungsinteressen und den Datenschutz. <sup>3</sup>Werden diese Dokumente für die Tätigkeit als Stadratsmitglied nicht mehr benötigt, sind sie zurückzugeben oder datenschutzkonform zu vernichten bzw. zu löschen.

(2) Beschlussvorlagen sind interne Ausarbeitungen der Verwaltung für den Stadtrat. Eine Veröffentlichung der Beschlussvorlagen und weiterer Sitzungsunterlagen durch Stadratsmitglieder ist nur zulässig, wenn der erste Bürgermeister und der Stadtrat unter Berücksichtigung des Datenschutzes zugestimmt haben und die Unterlagen nur Tatsachen enthalten, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen. Die Veröffentlichung von Beschlussvorlagen und weiteren Sitzungsunterlagen zu nichtöffentlichen Sitzungen sind nicht zulässig.

(3) Die Stadratsmitglieder, die über die technischen Voraussetzungen zum Versenden und Empfangen elektronischer Post verfügen, können dem ersten Bürgermeister schriftlich eine elektronische Adresse mitteilen, an die Einladungen im Sinne des § 25 übersandt bzw. von der Anträge im Sinne des § 26 versandt werden.

(4) <sup>1</sup>Die Nutzung elektronischer Medien während der Sitzung darf nur erfolgen, soweit durch sie eine aktive Sitzungsteilnahme nicht gefährdet und der Sitzungsverlauf nicht gestört wird. <sup>2</sup>Für die Fertigung von Ton- und Bildaufnahmen durch Stadratsmitglieder gelten § 21 Abs. 2 Sätze 3 und 4 entsprechend.

## **§ 5**

### **Fraktionen, Ausschussgemeinschaften**

(1) <sup>1</sup>Stadratsmitglieder können sich zur Erreichung gemeinsamer Ziele zu Fraktionen zusammenschließen. <sup>2</sup>Eine Fraktion muss mindestens 2 Mitglieder haben. <sup>3</sup>Die Bildung und Bezeichnung der Fraktionen sowie deren Vorsitzende und ihre Stellvertreter sind dem ersten Bürgermeister mitzuteilen; dieser unterrichtet den Stadtrat. <sup>4</sup>Satz 3 gilt entsprechend für die während der Wahlzeit eintretende Änderung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen oder Gruppen.

(2) <sup>1</sup>Einzelne Stadratsmitglieder und kleine Gruppen oder Fraktionen, die aufgrund ihrer eigenen Stärke keine Vertretung in den Ausschüssen erreichen würden, können sich zur Entsendung gemeinsamer Vertreter in die Ausschüsse zusammenschließen (Ausschussgemeinschaften; Art. 33 Abs. 1 Satz 5 GO). <sup>2</sup>Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

## **§ 6**

### **Rechtsstellung der berufsmäßigen Stadratsmitglieder, Aufgaben**

Gegenstandslos

### **III. Die Ausschüsse**

#### **1. Allgemeines**

##### **§ 7**

#### **Bildung, Vorsitz, Auflösung**

(1) <sup>1</sup>In den Ausschüssen nach § 2 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts sind die den Stadtrat bildenden Fraktionen und Gruppen unter Berücksichtigung von Ausschussgemeinschaften gemäß ihren Vorschlägen nach dem Verhältnis ihrer Stärke vertreten (Art. 33 Abs. 1 Satz 2 GO). <sup>2</sup>Die Sitze werden nach dem Verfahren Hare-Niemeyer verteilt. <sup>3</sup>Dabei wird die Zahl der Stadtratssitze jeder Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft mit der Zahl der zu vergebenden Ausschusssitze multipliziert und durch die Gesamtzahl der Stadtratssitze geteilt. <sup>4</sup>Jede Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft erhält zunächst so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf sie entfallen. <sup>5</sup>Die weiteren zu vergebenden Sitze sind in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile, die sich bei der Berechnung nach Satz 3 ergeben, auf die Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften zu verteilen. <sup>6</sup>Haben Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften den gleichen Anspruch auf einen Ausschusssitz, so entscheidet die größere Zahl der bei der Stadtratswahl auf die Wahlvorschläge der betroffenen Parteien oder Wählergruppen abgegebenen Stimmen. <sup>7</sup>Wird durch den Austritt oder Übertritt von Stadratsmitgliedern das ursprüngliche Stärkeverhältnis der im Stadtrat vertretenen Fraktionen und Gruppen verändert, so sind diese Änderungen nach den Sätzen 2 bis 5 auszugleichen (Art. 33 Abs. 3 Satz 1 GO); haben danach Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften den gleichen Anspruch auf einen Ausschusssitz, so entscheidet das Los.

(2) <sup>1</sup>Für die Mitglieder eines Ausschusses werden für den Fall ihrer Verhinderung je Fraktion Stellvertreter in einer bestimmten Reihenfolge namentlich bestellt. <sup>2</sup>Die Anzahl der Stellvertreter entspricht der Anzahl der Mitglieder einer Fraktion plus 1.

(3) <sup>1</sup>Den Vorsitz in den Ausschüssen führt der erste Bürgermeister, einer seiner Stellvertreter oder ein vom Stadtrat bestimmtes Stadratsmitglied (Art. 33 Abs. 2 Satz 1 GO). <sup>2</sup>Ist die den Vorsitz übernehmende Person bereits Mitglied des Ausschusses, nimmt deren Vertreter für die Dauer der Übertragung den Sitz im Ausschuss ein (Art. 33 Abs. 2 Satz 2 GO). <sup>3</sup>Den Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss führt ein vom Stadtrat bestimmtes Ausschussmitglied (Art. 103 Abs. 2 GO).

(4) Der Stadtrat kann Ausschüsse jederzeit auflösen (Art. 32 Abs. 5 GO); das gilt nicht für Ausschüsse, die gesetzlich vorgeschrieben sind.

#### **2. Aufgaben der Ausschüsse**

##### **§ 8**

#### **Vorberatende Ausschüsse**

(1) <sup>1</sup>Vorberatende Ausschüsse haben die Aufgabe, die ihnen übertragenen Gegenstände für die Beratung in der Vollversammlung des Stadtrats vorzubereiten und einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten. <sup>2</sup>Berührt eine Angelegenheit das Arbeitsgebiet



mehrerer vorberatender Ausschüsse, können diese zu gemeinsamen Sitzungen zusammentreten.

(2) Es werden folgende vorberatende Ausschüsse mit nachstehendem Aufgabenbereich gebildet:

1. Hauptausschuss:

- a) Vorbereitung der Haushaltssatzung und der Nachtragshaushaltssatzung einschließlich Anlagen und Bestandteilen,
- b) Angelegenheiten der allgemeinen Verwaltung, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, des Gesundheits- und Sozialwesens, der Kinder- und Jugendhilfe,
- c) Personalangelegenheiten der gemeindlichen Beamten und Arbeitnehmer ab Besoldungsgruppe A 9 bzw. Entgeltgruppe 9, mit Ausnahme der Bürgermeister,
- d) Angelegenheiten des Finanz- und Steuerwesens,
- e) Angelegenheiten des Gewerbewesens, der öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaftsförderung,
- f) Angelegenheiten der Schulen, der Erwachsenenbildung und des Sports,
- g) Angelegenheiten des Ehrenamts,
- h) Angelegenheiten im Zusammenhang mit Ehrungen und Auszeichnungen, soweit sie von erheblicher Bedeutung sind und nicht der erste Bürgermeister oder der Hauptausschuss selbstständig entscheidet,

2. Bauausschuss

- a) die grundsätzlichen Angelegenheiten gemeindlicher Planungen, z. B. der Bauleitplanung (Flächennutzungsplanung), der Ortsplanung, der Landschaftsplanung, der Landesplanung, der Gewässerplanung einschließlich Hochwasserschutz und gemeindeübergreifender Planungen und Projekte,
- b) Angelegenheiten des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens, des Straßen-, Brücken-, Kanal- und Wasserbaus,
- c) Bauantragsverfahren mit erheblicher städtebaulicher Bedeutung,
- d) Grundstücksangelegenheiten der Gemeinde,
- e) die Namensgebung für Straßen, Schulen und sonstige öffentliche Einrichtungen, soweit sie von erheblicher Bedeutung sind und nicht der erste Bürgermeister oder der Bauausschuss selbstständig entscheidet.

## § 9

### **Beschließende Ausschüsse**

(1) Beschließende Ausschüsse erledigen die ihnen übertragenen Angelegenheiten selbstständig anstelle des Stadtrats.

(2) <sup>1</sup>Die Entscheidungen beschließender Ausschüsse stehen unbeschadet Art. 88 GO unter dem Vorbehalt der Nachprüfung durch den Stadtrat. <sup>2</sup>Eine Nachprüfung muss nach Art. 32 Abs. 3 GO erfolgen, wenn der erste Bürgermeister oder sein Stellvertreter im Ausschuss, ein Drittel der stimmberechtigten Ausschussmitglieder oder ein Viertel der Stadtratsmitglieder die Nachprüfung durch den Stadtrat beantragt. <sup>3</sup>Der Antrag muss schriftlich, spätestens am siebten Tag nach der Ausschusssitzung beim ersten Bürgermeister eingehen. <sup>4</sup>Soweit Beschlüsse die Rechte Dritter berühren, werden sie erst nach Ablauf einer Frist von einer Woche wirksam.

(3) Die beschließenden Ausschüsse haben im Einzelnen folgende Aufgabenbereiche:

1. Hauptausschuss:

- a) Angelegenheiten mit finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde, soweit sie keinem anderen Ausschuss übertragen sind:
- die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln bis zu einem Betrag von 70.000 € im Einzelfall,
  - der Erlass, die Niederschlagung, die Stundung und die Aussetzung der Vollziehung von Abgaben, insbesondere von Steuern, Beiträgen und Gebühren sowie von sonstigen Forderungen bis zu folgenden Beträgen im Einzelfall:

- Erlass	6.000 €
- Niederschlagung	30.000 €
- Stundung	30.000 €
- Aussetzung der Vollziehung	30.000 €
  - die Entscheidung über überplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 30.000 € und über außerplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 15.000 € im Einzelfall, soweit sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist (Art. 66 Abs. 1 Satz 1 GO),
  - Entscheidungen jeder Art mit finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde, insbesondere der Abschluss von Verträgen und sonstigen Rechtsgeschäften sowie die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten der Gemeinde, bis zu einer Wertgrenze von 50.000 €,
  - die Gewährung von Zuschüssen, auch in der Form unentgeltlicher Nutzungsüberlassung von Räumen, an Vereine und Verbände bis zu einem Betrag von 5.000 € je Einzelfall,
  - Sperrung der Inanspruchnahme von Ausgabemitteln und Verpflichtungsermächtigungen (§ 28 KommHV),
  - Grundsätze für Geldanlagen, für Kreditaufnahmen und für den An- und Verkauf von Wertpapieren,
- b) Personalentscheidungen, zu denen die Gemeinde in sonstiger Weise berufen ist, z. B. Bestätigung des Feuerwehrkommandanten, Vorschlag von Schöffen usw.,
- c) die Beschaffung von Dienstfahrzeugen für Bürgermeister,
- d) Abschluss von Zweckvereinbarungen ohne Befugnisübertragungen,
- soweit nicht der erste Bürgermeister dafür zuständig ist.

## 2. Bauausschuss:

- a) Erlass, Änderung und Aufhebung von Bebauungsplänen und sonstigen Satzungen nach den Vorschriften des Ersten Kapitels des Baugesetzbuchs sowie aller örtlichen Bauvorschriften im Sinn des Art. 81 der Bayerischen Bauordnung, auch in den Fällen des Art. 81 Abs. 2 der Bayerischen Bauordnung,
  - b) Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens und sonstiger Zustimmungen zu Bauvorhaben, soweit die Entscheidung nicht dem Stadtrat vorbehalten ist,
  - c) Vergabe von Aufträgen für Bau- und Unterhaltsmaßnahmen der Gemeinde bis zu einer Wertgrenze von 100.000 €,
  - d) Vergabe von Lieferungen und Leistungen im Zuständigkeitsbereich des Stadtbauamts bis zu einer Wertgrenze von 75.000 €,
  - e) Wahrnehmung der Beteiligtenrechte in Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren sowie in der Bauleitplanung anderer Gemeinden (sofern die Belange der Stadt Zwiesel nicht betroffen sind, ist eine Vorlage pro Verfahren ausreichend),
  - f) Ausübung von Vorkaufsrechten (Vorlage bei Nichtausübungsempfehlung nur in besonderen Einzelfällen),
  - g) grundsätzliche Fragen des Straßenverkehrsrechts und Verkehrsplanungen,
  - h) Entscheidungen über Widmungen nach Straßen- und Wegerecht,
  - i) Entscheidungen über längerfristige Sondernutzungen mit erheblicher Bedeutung,
  - j) Umlegungsverfahren, Grenzregelungsverfahren,
  - k) Abschluss von städtebaulichen Verträgen und Erschließungsverträgen,
  - l) die Vergabe von Bauparzellen,
  - m) Angelegenheiten des Natur- und Umweltschutzes einschließlich Umweltverträglichkeitsprüfungen,
  - n) Entscheidungen in Mobilfunkangelegenheiten,
- soweit nicht der erste Bürgermeister dafür zuständig ist.

## 3. Grenzlandfestausschuss:

Alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Planung, Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung des Grenzlandfestes, insbesondere die Genehmigung von Verträgen und die Festsetzung von Sperrzeiten,

soweit nicht der erste Bürgermeister dafür zuständig ist.

## 4. Ausschuss für Tourismusfragen und Kultur:

- a) Angelegenheiten des Tourismus,

- b) Angelegenheiten des Betriebes gewerblicher Art "Kurbetriebe", einschließlich der Festlegung von Gebühren und Entgelten,
- c) Angelegenheiten der Kultur-, Brauchtums- und Gemeinschaftspflege,
- d) Angelegenheiten im Zusammenhang mit kulturellen und touristischen Veranstaltungen,

soweit nicht der Stadtrat oder der erste Bürgermeister dafür zuständig ist.

#### 5. Werkausschuss:

- a) Alle Angelegenheiten des gemeindlichen Eigenbetriebes Stadtwerke Zwiesel, soweit nicht der Stadtrat zur Entscheidung ausschließlich zuständig ist, sich die Entscheidung allgemein vorbehält oder im Einzelfall an sich zieht oder es sich um Angelegenheiten der laufenden Geschäftsführung des Eigenbetriebs handelt,
- b) Festlegung privatrechtlicher Versorgungs- und Benutzungsbedingungen, einschließlich allgemeiner Tarife.

#### 6. Ausschuss für Energie und Stadtentwicklung

- a) Maßnahmen zur Steuerung der Gesamtentwicklung der Stadt,
- b) Maßnahmen der Stadterneuerung und der Stadtgestaltung,
- c) Angelegenheiten der räumlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Entwicklung,
- d) Angelegenheiten der langfristigen Siedlungsentwicklung, der Verkehrsplanung und einer lokalen Nachhaltigkeitsstrategie,
- e) Angelegenheiten der Energiegewinnung und der Energieeffizienz,
- f) Angelegenheiten der Energiewende und des lokalen Klimaschutzes,
- g) Angelegenheiten des Energienutzungsplans des Landkreises,
- h) Vergabe von Lieferungen und Leistungen im Zuständigkeitsbereich bis zu einer Wertgrenze von 50.000 €,

soweit nicht der erste Bürgermeister dafür zuständig ist.

(4) Bei wiederkehrenden Leistungen ist für die Bemessung von Beträgen oder Wertgrenzen nach Abs. 3 der Zeitraum maßgeblich, für den die rechtliche Bindung bestehen soll; ist dieser Zeitraum nicht bestimmbar, so ist der fünffache Jahresbetrag anzusetzen.

(5) <sup>1</sup>Der Hauptausschuss kann im Falle eines nach Art. 4 BayKSG festgestellten Katastrophenfall und sofern es die konkreten Umstände der Katastrophe (z.B. Ausgangsbeschränkungen oder Kontaktbeschränkungen etc.) erforderlich machen, als FeriENAusschuss i.S.d Art. 32 Abs. 4 GO in analoger Anwendung fungieren. <sup>2</sup>Dem Hauptausschuss stehen in diesem Fall die vollen Kompetenzen des Stadtrats und der weiteren beschließenden Ausschüsse, mit Ausnahme der Wahrnehmung von sondergesetzlichen Ausschüssen, zu. <sup>3</sup>Über das Vorliegen der Voraussetzungen nach

Satz 1 entscheidet der 1. Bürgermeister. <sup>4</sup>Die Stadträte sind darüber entsprechend zu informieren.

## **§ 10**

### **Rechnungsprüfungsausschuss**

Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft die Jahresrechnung und die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe (örtliche Rechnungsprüfung, Art. 103 Abs. 1 GO).

Der an den 1. Bürgermeister überreichte Abschlussbericht ist spätestens innerhalb von 2 Monaten dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss tagt grundsätzlich nicht öffentlich.

## **IV. Der erste Bürgermeister**

### **1. Aufgaben**

## **§ 11**

### **Vorsitz im Stadtrat**

(1) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister führt den Vorsitz im Stadtrat (Art. 36 GO). <sup>2</sup>Er bereitet die Beratungsgegenstände vor und beruft die Sitzungen ein (Art. 46 Abs. 2 GO). <sup>3</sup>In den Sitzungen leitet er die Beratung und die Abstimmung, handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht aus (Art. 53 Abs. 1 GO).

(2) <sup>1</sup>Hält der erste Bürgermeister Entscheidungen des Stadtrats oder eines beschließenden Ausschusses für rechtswidrig, verständigt er den Stadtrat oder den Ausschuss von seiner Auffassung und setzt den Vollzug vorläufig aus. <sup>2</sup>Wird die Entscheidung aufrechterhalten, führt er die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde herbei (Art. 59 Abs. 2 GO).

## **§ 12**

### **Leitung der Stadtverwaltung, Allgemeines**

(1) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister leitet und verteilt im Rahmen der Geschäftsordnung die Geschäfte (Art. 46 Abs. 1 GO). <sup>2</sup>Er kann dabei einzelne seiner Befugnisse den weiteren Bürgermeistern, nach deren Anhörung auch einem Stadtratsmitglied und in den Angelegenheiten der laufenden Verwaltung Bediensteten der Gemeinde übertragen (Art. 39 Abs. 2 GO). <sup>3</sup>Geschäftsverteilung und Befugnisregelung sollen übereinstimmen.

(2) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister vollzieht die Beschlüsse des Stadtrats und seiner Ausschüsse (Art. 36 GO). <sup>2</sup>Über Hinderungsgründe unterrichtet er den Stadtrat oder den Ausschuss unverzüglich.

(3) Der erste Bürgermeister führt die Dienstaufsicht über die Beamten und Beschäftigten der Stadt und übt die Befugnisse des Dienstvorgesetzten gegenüber den Beamten aus (Art. 37 Abs. 4, Art. 43 Abs. 3 GO). <sup>2</sup>Art. 88 Abs. 3 Satz 3 GO bleibt unberührt.

(4) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister verpflichtet die weiteren Bürgermeister schriftlich, alle Angelegenheiten geheim zu halten, die im Interesse der Sicherheit oder anderer wichtiger

Belange der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder Unbefugten nicht bekannt werden dürfen. <sup>2</sup>In gleicher Weise verpflichtet er Stadtratsmitglieder und Gemeindebedienstete, bevor sie mit derartigen Angelegenheiten befasst werden (Art. 56 a GO).

## **§ 13**

### **Einzelne Aufgaben**

(1) Der erste Bürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit

1. die laufenden Angelegenheiten, die für die Gemeinde keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO),
2. die den Gemeinden durch ein Bundesgesetz oder auf Grund eines Bundesgesetzes übertragenen hoheitlichen Aufgaben in Angelegenheiten der Verteidigung einschließlich des Wehrersatzwesens und des Schutzes der Zivilbevölkerung, soweit nicht für haushalts- oder personalrechtliche Entscheidungen der Stadtrat zuständig ist (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO),
3. die Angelegenheiten, die im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder geheim zu halten sind (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 GO),
4. die ihm vom Stadtrat nach Art. 37 Abs. 2 Satz 1 GO übertragenen Angelegenheiten,
5. die Entscheidung über die Ernennung, Beförderung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an eine Einrichtung, Ruhestandsversetzung und Entlassung von Beamten bis zur Besoldungsgruppe A 8 (Art. 43 Abs. 2 Satz 1 GO),
6. die Entscheidung über die Einstellung, Höhergruppierung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an einen Dritten, Beschäftigung mittels Personalgestellung und Entlassung von Arbeitnehmern bis zur Entgeltgruppe 8 des TVöD oder bis zu einem entsprechenden Entgelt (Art. 43 Abs. 2 Satz 1 GO),
7. die vorübergehende Übertragung einer höher zu bewertenden Beschäftigung auf eine Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin im Geltungsbereich des TVöD oder eines entsprechenden Tarifvertrags
8. dringliche Anordnungen und unaufschiebbare Geschäfte (Art. 37 Abs. 3 GO),
9. die Vertretung der Gemeinde in Unternehmen in Privatrechtsform (Art. 93 Abs. 1 GO).

(2) Zu den Aufgaben des ersten Bürgermeisters gehören insbesondere auch:

1. in Personalangelegenheiten der Beamten und Arbeitnehmer:
  - a) der Vollzug zwingender gesetzlicher oder tarifrechtlicher Vorschriften,
  - b) Entscheidungen im Zusammenhang mit Nebentätigkeiten,
  - c) die Einstellung von Aushilfskräften, die geringfügig oder kurzfristig Beschäftigte im Sinne der Sozialversicherungspflichtgrenzen sind,
  - d) der Abschluss von Praktikantenverträgen,

- e) die Verlängerung von befristeten Beschäftigungsverhältnissen bis zu einer Gesamtdauer von maximal 2 Jahren, im Fall von Elternzeitvertretung von maximal 3 Jahren,
  - f) die Änderung der Wochenarbeitszeit bis zu maximal 25 % der bisherigen Arbeitszeit,
  - g) die Genehmigung von Sonderurlaub,
2. in allen Angelegenheiten mit finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde:
- a) die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln
    - im Vollzug zwingender Rechtsvorschriften und im Rahmen von Richtlinien des Stadtrats, in denen die Leistungen nach Voraussetzung und Höhe festgelegt sind,
    - im Übrigen bis zu einem Betrag von 35.000 € im Einzelfall,

Liegt noch keine Haushaltssatzung vor, können vom Bürgermeister regelmäßig anfallende sowie unaufschiebbare Ausgaben bis zur Höhe der Ansätze im Verwaltungshaushalt des Vorjahres bzw. im Finanzplan des laufenden Jahres getätigt werden. Die oben genannten Grenzen dürfen hierbei nicht überschritten sein.
  - b) der Erlass, die Niederschlagung, die Stundung und die Aussetzung der Vollziehung von Abgaben, insbesondere von Steuern, Beiträgen und Gebühren sowie von sonstigen Forderungen bis zu folgenden Beträgen im Einzelfall:
 

- Erlass	3.000 €
- Niederschlagung	15.000 €
- Stundung	15.000 €
- Aussetzung der Vollziehung	15.000 €.

Bei zu erwartender Abgabeminderung oder Verrechnungsmöglichkeit innerhalb 6 Monaten und bei Stundungen bis zu 1 Monat obliegt dem ersten Bürgermeister die Entscheidung über die Stundung uneingeschränkt.
  - c) die Entscheidung über überplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 15.000 € und über außerplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 7.500 € im Einzelfall, soweit sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist (Art. 66 Abs. 1 Satz 1 GO),
  - d) Handlungen oder Unterlassen jeder Art mit Auswirkungen für die Gemeinde, insbesondere der Abschluss von Verträgen und sonstiger Rechtsgeschäfte sowie die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten der Gemeinde, bis zu einem Betrag oder – falls zu diesem Zeitpunkt der Handlung oder des Unterlassens nicht feststeht - einer Wertgrenze oder einem geschätzten Auftragswert von 20.000 €,
  - e) Nachträge zu Verträgen und Rechtsgeschäften, die einzeln oder zusammen die ursprüngliche vereinbarte Auftragssumme um nicht mehr als 10%, insgesamt jedoch nicht mehr als 20.000 €,
  - f) die Gewährung von Zuschüssen, auch in der Form unentgeltlicher Nutzungsüberlassung von Räumen, an Vereine und Verbände bis zu einem Betrag von 2.500 € je Einzelfall,

3. in Grundstücksangelegenheiten:
  - a) der Abschluss von Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäften über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte bis zu einer Wertgrenze von 20.000 € im Einzelfall,
  - b) die Abgabe von Erklärungen über dingliche Rechte, wenn dadurch grundsätzliche Rechte der Gemeinde nicht gefährdet werden,
  - c) der Abschluss von Miet- und Pachtverträgen, wenn die Gegenleistung für die gesamte Laufzeit 25.000 € nicht übersteigt und die Verträge nicht auf mehr als 10 Jahre unkündbar abgeschlossen werden,
  - d) die Messungsanerkennung und die Auflassung bei bereits genehmigten Verträgen, wenn die Abweichung nicht mehr als 5.000 € beträgt,
  
4. in allgemeinen Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten:
  - a) die Behandlung von Rechtsbehelfen einschließlich Abhilfeverfahren, die Abgabe von Prozessklärungen einschließlich Klageerhebung, Einlegung von Rechtsmitteln und Abschluss von Vergleichen sowie die Erteilung des Mandats an einen Prozessbevollmächtigten, wenn die finanzielle Auswirkung auf die Gemeinde bzw., falls diese nicht bestimmbar, der Streitwert voraussichtlich 15.000 € nicht übersteigt und die Angelegenheit keine grundsätzliche Bedeutung hat,
  - b) Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises, soweit sie nicht dem Stadtrat oder einem Ausschuss vorbehalten sind (§§ 2, 9), insbesondere Staatsangehörigkeits- und Personenstandswesen, Meldewesen, Wahlrecht und Statistik, Gesundheits- und Veterinärwesen, öffentliches Versicherungswesen, Lastenausgleich,
  - c) die Verwendung des Stadtwappens durch Dritte für nicht geschäftsmäßige Zwecke,
  - d) der Erlass verkehrsrechtlicher Anordnungen in Abstimmung mit der Polizei, mit Ausnahme von Zonenregelungen, nicht nur vorübergehenden Geschwindigkeitsbeschränkungen und bedeutenden Regelungen des ruhenden Verkehrs,
  - e) die Abgabe von Stellungnahmen im Rahmen von Genehmigungsverfahren nach dem Straßen-, Wasser-, Immissionsschutz-, Denkmalschutz- und Forstrecht,
  
5. in Bauangelegenheiten:
  - a) die Abgabe der Erklärung der Gemeinde nach Art. 58 Abs. 2 Nr. 5 bzw. die Mitteilung nach Art. 58 Abs. 3 Satz 4 BayBO (Genehmigungsfreistellung),
  - b) die Behandlung der Anzeige nach Art. 57 Abs. 5 Satz 2 BayBO (Beseitigung von baulichen Anlagen),
  - c) die Stellungnahme nach Art. 64 Abs. 1 Satz 2 BayBO bzw. die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB und Art. 63 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BayBO für Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 sowie für bauliche Anlagen, die keine Gebäude sind, mit einer Höhe bis zu 10 m
    - im Geltungsbereich eines Bebauungsplans nach § 30 Abs. 1 BauGB oder eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans nach § 30 Abs. 2 BauGB, soweit für das



Vorhaben die Erteilung keiner oder nur geringfügiger Ausnahmen und Befreiungen nach § 31 BauGB erforderlich ist,  
- innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils nach § 34 BauGB,

d) die Zulassung von isolierten Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen im Sinne des Art. 63 Abs. 3 Satz 1 BayBO,

e) die Erteilung von Negativzeugnissen nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB

(3) Bei wiederkehrenden Leistungen ist für die Bemessung von Wertgrenzen nach Abs. 2 der Zeitraum maßgeblich, für den die rechtliche Bindung bestehen soll; ist dieser Zeitraum nicht bestimmbar, so ist der fünffache Jahresbetrag anzusetzen.

(4) Soweit die Aufgaben nach Absatz 1 Nr. 7 und Absatz 2 nicht unter Art. 37 Abs. 1 Satz 1 GO fallen, werden sie hiermit dem ersten Bürgermeister gemäß Art. 37 Abs. 2 GO zur selbstständigen Erledigung übertragen.

## **§ 14**

### **Vertretung der Stadt nach außen**

(1) Die Befugnis des ersten Bürgermeisters zur Vertretung der Gemeinde nach außen bei der Abgabe von rechtserheblichen Erklärungen (Art. 38 Abs. 1 GO) beschränkt sich auf den Vollzug der einschlägigen Beschlüsse des Stadtrats und der beschließenden Ausschüsse, soweit der erste Bürgermeister nicht gemäß § 13 zum selbstständigen Handeln befugt ist.

(2) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister kann im Rahmen seiner Vertretungsbefugnis unter Beachtung des Art. 39 Abs. 2 GO anderen Personen Vollmacht zur Vertretung der Gemeinde erteilen.

## **§ 15**

### **Abhalten von Bürgerversammlungen**

(1) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister beruft mindestens einmal jährlich, auf Verlangen des Stadtrats auch öfter, eine Bürgerversammlung ein (Art. 18 Abs. 1 GO). <sup>2</sup>Den Vorsitz in der Versammlung führt der erste Bürgermeister oder ein von ihm bestellter Vertreter.

(2) Auf Antrag von Gemeindebürgern nach Art. 18 Abs. 2 GO beruft der erste Bürgermeister darüber hinaus eine weitere Bürgerversammlung ein, die innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags bei der Gemeinde stattzufinden hat.

## **§ 16**

### **Sonstige Geschäfte**

Die Befugnisse des ersten Bürgermeisters, die außerhalb der Gemeindeordnung gesetzlich festgelegt sind (z. B. Wahrnehmung der standesamtlichen Geschäfte, Aufnahme von Nottestamenten usw.), bleiben unberührt.

## **2. Stellvertretung**

### **§ 17**

#### **Weitere Bürgermeister, weitere Stellvertreter, Aufgaben**

- (1) Der erste Bürgermeister wird im Fall seiner Verhinderung vom zweiten Bürgermeister und, wenn dieser ebenfalls verhindert ist, vom dritten Bürgermeister vertreten (Art. 39 Abs. 1 Satz 1 GO).
- (2) Für den Fall gleichzeitiger Verhinderung der Bürgermeister bestimmt der Stadtrat aus seiner Mitte gemäß Art. 39 Abs. 1 Satz 2 GO als weiteren Stellvertreter das jeweils älteste Stadratsmitglied.
- (3) Der Stellvertreter übt im Verhinderungsfall die gesamten gesetzlichen und geschäftsordnungsmäßigen Befugnisse des ersten Bürgermeisters aus.
- (4) <sup>1</sup>Ein Fall der Verhinderung liegt vor, wenn die zu vertretende Person aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen, insbesondere wegen Abwesenheit, Urlaub, Krankheit, vorläufiger Dienstenthebung oder persönlicher Beteiligung nicht in der Lage ist, ihr Amt auszuüben. <sup>2</sup>Ist die zu vertretende Person bei Abwesenheit gleichwohl dazu in der Lage, die Amtsgeschäfte auszuüben und bei Bedarf wieder rechtzeitig vor Ort zu sein, liegt ein Fall der Verhinderung nicht vor.

## **V. Ortssprecher**

### **§ 18**

#### **Rechtsstellung, Aufgaben**

Gegenstandslos

## **B. Der Geschäftsgang**

### **I. Allgemeines**

### **§ 19**

#### **Verantwortung für den Geschäftsgang**

- (1) <sup>1</sup>Stadtrat und erster Bürgermeister sorgen für den ordnungsgemäßen Gang der Geschäfte, insbesondere für den Vollzug der gesetzlichen Vorschriften im eigenen und im übertragenen Wirkungskreis und für die Durchführung der gesetzmäßigen Anordnungen und Weisungen der Staatsbehörden. <sup>2</sup>Sie schaffen die dazu erforderlichen Einrichtungen (Art. 56 Abs. 2, Art. 59 Abs. 1 GO).

(2) <sup>1</sup>Eingaben und Beschwerden der Gemeindegewohner an den Stadtrat (Art. 56 Abs. 3 GO) werden durch die Verwaltung vorbehandelt und sodann dem Stadtrat oder dem zuständigen beschließenden Ausschuss vorgelegt. <sup>2</sup>Eingaben, die in den Zuständigkeitsbereich des ersten Bürgermeisters fallen, erledigt dieser in eigener Zuständigkeit; in bedeutenden Angelegenheiten unterrichtet er den Stadtrat.

## § 20

### Sitzungen, Beschlussfähigkeit

(1) <sup>1</sup>Der Stadtrat beschließt in Sitzungen (Art. 47 Abs. 1 GO). <sup>2</sup>Eine Beschlussfassung durch mündliche Befragung außerhalb der Sitzungen oder im Umlaufverfahren ist ausgeschlossen.

(2) Der Stadtrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist (Art. 47 Abs. 2 GO).

(3) <sup>1</sup>Wird der Stadtrat wegen Beschlussunfähigkeit in einer früheren Sitzung infolge einer nicht ausreichenden Zahl anwesender Mitglieder zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. <sup>2</sup>Bei der zweiten Einladung muss auf diese Bestimmung hingewiesen werden (Art. 47 Abs. 3 GO).

## § 21

### Öffentliche Sitzungen

(1) Die Sitzungen des Stadtrats sind öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder auf berechnigte Ansprüche Einzelner entgegenstehen (Art. 52 Abs. 2 GO).

(2) <sup>1</sup>Die öffentlichen Sitzungen des Stadtrats sind allgemein zugänglich, soweit der für Zuhörer bestimmte Raum ausreicht. <sup>2</sup>Für die Medien ist stets eine angemessene Zahl von Plätzen freizuhalten. <sup>3</sup>Ton- und Bildaufnahmen jeder Art bedürfen der Zustimmung des Vorsitzenden und des Stadtrats; sie sind auf Verlangen eines einzelnen Mitglieds hinsichtlich seiner Person zu unterlassen. <sup>4</sup>Ton- und Bildaufnahmen von Gemeindebediensteten und sonstigen Sitzungsteilnehmern sind nur mit deren Einwilligung zulässig.

(3) Zuhörer, welche die Ordnung der Sitzung stören, können durch den Vorsitzenden aus dem Sitzungssaal gewiesen werden (Art. 53 Abs. 1 GO).

## § 22

### Nichtöffentliche Sitzungen

(1) <sup>1</sup>In nichtöffentlicher Sitzung werden in der Regel behandelt:

1. Personalangelegenheiten in Einzelfällen,
2. Rechtsgeschäfte in Grundstücksangelegenheiten,
3. Angelegenheiten, die dem Sozial- oder Steuergeheimnis unterliegen.

<sup>2</sup>Außerdem werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt:

1. Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises, deren nichtöffentliche Behandlung im Einzelfall von der Aufsichtsbehörde verfügt ist,
2. sonstige Angelegenheiten, deren Geheimhaltung durch Gesetz vorgeschrieben oder nach der Natur der Sache erforderlich ist.

(2) <sup>1</sup>Zu nichtöffentlichen Sitzungen können im Einzelfall durch Beschluss Personen, die dem Stadtrat nicht angehören, hinzugezogen werden, wenn deren Anwesenheit für die Behandlung des jeweiligen Beratungsgegenstandes erforderlich ist. <sup>2</sup>Diese Personen sollen zur Verschwiegenheit nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 Verpflichtungsgesetz verpflichtet werden.

(3) Die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse gibt der erste Bürgermeister der Öffentlichkeit bekannt, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (Art. 52 Abs. 3 GO).

## **II. Vorbereitung der Sitzungen**

### **§ 23**

#### **Einberufung**

(1) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister beruft die Stadtratssitzungen ein, wenn die Geschäftslage es erfordert oder wenn ein Viertel der Stadtratsmitglieder es schriftlich oder elektronisch unter Bezeichnung des Beratungsgegenstandes beantragt (Art. 46 Abs. 2 Sätze 2 und 3 GO). <sup>2</sup>Nach Beginn der Wahlzeit und im Fall des Art. 46 Abs. 2 Satz 3 GO beruft er die Stadtratssitzung so rechtzeitig ein, dass die Sitzung spätestens am 14. Tag nach Beginn der Wahlzeit oder nach Eingang des Verlangens bei ihm stattfinden kann (Art. 46 Abs. 2 Satz 4 GO).

(2) <sup>1</sup>Die Sitzungen finden im Sitzungssaal des Rathauses statt; sie beginnen regelmäßig um 18:00 Uhr. <sup>2</sup>Regelmäßiger Sitzungstag für Stadtratssitzungen ist der Donnerstag; die Sitzungen finden im Regelfall im Turnus alle drei Wochen statt; in den großen Schulferien sollen keine Sitzungen stattfinden. <sup>3</sup>In der Einladung (§ 25) kann im Einzelfall etwas anderes bestimmt werden. <sup>4</sup>Die Sitzungen sollen nicht länger als vier Stunden dauern und spätestens um 22:00 Uhr enden.

### **§ 24**

#### **Tagesordnung**

(1) <sup>1</sup>Der erste Bürgermeister setzt die Tagesordnung fest. <sup>2</sup>Rechtzeitig eingegangene Anträge von Stadtratsmitgliedern setzt der erste Bürgermeister möglichst auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. <sup>3</sup>Ist das nicht möglich, sind die Anträge in jedem Fall innerhalb von 6 Wochen auf die Tagesordnung einer Stadtratssitzung zu setzen. <sup>4</sup>Eine materielle Vorprüfung findet nicht statt.

(2) <sup>1</sup>In der Tagesordnung sind die Beratungsgegenstände einzeln und inhaltlich konkretisiert zu benennen, damit es den Stadtratsmitgliedern ermöglicht wird, sich auf die Behandlung der jeweiligen Gegenstände vorzubereiten. <sup>2</sup>Soweit die Konkretisierungen schutzwürdige Daten enthalten, sollten diese den Gemeinderatsmitgliedern regelmäßig gesondert zur Verfügung

gestellt werden. <sup>3</sup>Das gilt sowohl für öffentliche, als auch für nichtöffentliche Stadtratssitzungen.

(3) <sup>1</sup>Die Tagesordnung für öffentliche Sitzungen ist jeweils unter Angabe von Ort und Zeit der Sitzung spätestens am 3. Tag vor der Sitzung durch Aushang an der Amtstafel im Rathaus bekannt zu machen (Art. 52 Abs. 1 GO). <sup>2</sup>Die Tagesordnung nichtöffentlicher Sitzungen wird nicht bekannt gemacht.

(4) Den örtlichen Medien soll die Tagesordnung jeder öffentlichen Sitzung rechtzeitig mitgeteilt werden.

## **§ 25**

### **Form und Frist für die Einladung**

(1) <sup>1</sup>Die Stadtratsmitglieder werden schriftlich unter Beifügung der Tagesordnung oder mit ihrem Einverständnis elektronisch zu den Sitzungen eingeladen. <sup>2</sup>Im Falle einer elektronischen Einladung werden der Sitzungstermin und der Sitzungsort durch eine E-Mail und die Tagesordnung durch einen mit dieser E-Mail versandten Link auf ein in einem technischen individuell gegen Zugriffe Dritter geschützten Bereich (Ratsinformationssystem) eingestelltes und abrufbares Dokument bekanntgegeben. <sup>3</sup>Die Tagesordnung kann bis spätestens zum Ablauf des 3. Tages vor der Sitzung ergänzt werden.

(2) <sup>1</sup>Im Falle der elektronischen Ladung geht die Tagesordnung zu, wenn die E-Mail nach Absatz 1 Satz 2 im elektronischen Briefkasten des Empfängers oder bei seinem Provider abrufbar eingegangen und üblicherweise mit der Kenntnisnahme zu rechnen ist.

(3) <sup>1</sup>Der Tagesordnung sind weitere Unterlagen, insbesondere Beschlussvorlagen, beizufügen, wenn und soweit das möglich ist und Gesichtspunkte einer besonders erhöhten Vertraulichkeit nicht entgegenstehen. <sup>2</sup>Die Vertraulichkeit ist bei schriftlicher Zustellung oder Bereitstellung im elektronischen Ratsinformationssystem aufgrund der Verpflichtung der Stadtratsmitglieder zur Verschwiegenheit grundsätzlich gewahrt. <sup>3</sup>Eine besonders erhöhte Vertraulichkeit ist regelmäßig bei nur Personalangelegenheiten und Angelegenheiten, die die Verhältnisse Einzelner in besonders sensibler Weise betreffen, anzunehmen. <sup>4</sup>Die weiteren Unterlagen können schriftlich oder elektronisch gemäß Abs. 1 Satz 2 zur Verfügung gestellt werden. <sup>5</sup>Hat das Stadtratsmitglied sein Einverständnis zur elektronischen Ladung erklärt, werden die weiteren Unterlagen grundsätzlich nur elektronisch bereitgestellt.

(4) <sup>1</sup>Die Ladungsfrist beträgt 5 Tage; sie kann in dringenden Fällen auf 3 Tage verkürzt werden. <sup>2</sup>Der Sitzungstag und der Tag des Zugangs der Ladung werden bei der Berechnung der Frist nicht mitgerechnet.

## **§ 26**

### **Anträge**

(1) <sup>1</sup>Anträge, die in einer Sitzung behandelt werden sollen, sind schriftlich oder elektronisch zu stellen und ausreichend zu begründen. <sup>2</sup>Bei elektronischer Übermittlung sind Geheimhaltungsinteressen und der Datenschutz zu beachten; schutzwürdige Daten sind durch De-Mail oder in verschlüsselter Form zu übermitteln. <sup>3</sup>Anträge sollen spätestens am 10. Tag vor der Sitzung beim ersten Bürgermeister eingereicht werden. <sup>4</sup>Soweit ein Antrag

mit Ausgaben verbunden ist, die im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind, soll er einen Deckungsvorschlag enthalten.

(2) Verspätet eingehende oder erst unmittelbar vor oder während der Sitzung gestellte Anträge können nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen werden, wenn

1. die Angelegenheit dringlich ist und der Stadtrat der Behandlung mehrheitlich zustimmt oder
2. sämtliche Mitglieder des Stadtrats anwesend sind und kein Mitglied der Behandlung widerspricht.

(3) Anträge zur Geschäftsordnung, z. B. Nichtbefassungsanträge, Zurückziehung eines Antrags- u. ä., oder einfache Sachanträge z.B. Änderungsanträge können auch während der Sitzung und ohne Beachtung der Form gestellt werden.

### **III. Sitzungsverlauf**

#### **§ 27**

##### **Eröffnung der Sitzung**

(1) <sup>1</sup>Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. <sup>2</sup>Er stellt die ordnungsgemäße Ladung der Stadtratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest und erkundigt sich nach Einwänden gegen die Tagesordnung.<sup>3</sup>Ferner lässt er über die Genehmigung der Niederschrift über die vorangegangene öffentliche Sitzung, falls sie mit der Einladung verschickt wurde, abstimmen.

(2) <sup>1</sup>Eine Kopie der Niederschrift über die vorangegangene öffentliche Sitzung wird mit der Ladung zugestellt. <sup>2</sup>Die Niederschrift über die vorangegangene nichtöffentliche Sitzung liegt während der Dauer der Sitzung zur Einsicht für die Stadtratsmitglieder auf. <sup>3</sup>Wenn bis zum Schluss der Sitzung keine Einwendungen erhoben werden, so gilt die Niederschrift als vom Stadtrat gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

#### **§ 28**

##### **Eintritt in die Tagesordnung**

(1) <sup>1</sup>Die einzelnen Tagesordnungspunkte werden in der in der Tagesordnung festgelegten Reihenfolge behandelt. <sup>2</sup>Die Reihenfolge kann durch Beschluss geändert werden.

(2) <sup>1</sup>Soll ein Tagesordnungspunkt in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden (§ 22), so wird darüber vorweg unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten und entschieden (Art. 52 Abs. 2 Satz 2 GO). <sup>2</sup>Wird von vornherein zu einer nichtöffentlichen Sitzung eingeladen, gilt die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung als gebilligt, wenn und soweit nicht der Stadtrat anders entscheidet.

(3) <sup>1</sup>Der Vorsitzende oder eine von ihm mit der Berichterstattung beauftragte Person trägt den Sachverhalt der einzelnen Tagesordnungspunkte vor und erläutert ihn. <sup>2</sup>Anstelle des mündlichen Vortrags kann auf schriftliche Vorlagen verwiesen werden.

(4) Zu Tagesordnungspunkten, die in einem Ausschuss behandelt worden sind, ist der Beschluss des Ausschusses bekannt zu geben.

(5) <sup>1</sup>Soweit erforderlich, können auf Anordnung des Vorsitzenden oder auf Beschluss des Stadtrats Sachverständige zugezogen und gutachtlich gehört werden. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt für sonstige sachkundige Personen.

## § 29

### Beratung der Sitzungsgegenstände

(1) Nach der Berichterstattung, gegebenenfalls nach dem Vortrag der Sachverständigen, eröffnet der Vorsitzende die Beratung.

(2) <sup>1</sup>Mitglieder des Stadtrats, die nach den Umständen annehmen müssen, von der Beratung und Abstimmung zu einem bestimmten Punkt der Tagesordnung wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49 Abs. 1 GO) ausgeschlossen zu sein, haben dies vor Beginn der Beratung dem Vorsitzenden unaufgefordert mitzuteilen. <sup>2</sup>Entsprechendes gilt, wenn Anhaltspunkte dieser Art während der Beratung erkennbar werden. <sup>3</sup>Das wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossene Mitglied hat während der Beratung und Abstimmung seinen Platz am Beratungstisch zu verlassen; es kann bei öffentlicher Sitzung im Zuhörerraum Platz nehmen, bei nichtöffentlicher Sitzung verlässt es den Raum.

(3) <sup>1</sup>Sitzungsteilnehmer dürfen das Wort nur ergreifen, wenn es ihnen vom Vorsitzenden erteilt wird. <sup>2</sup>Der Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen. <sup>3</sup>Bei gleichzeitiger Wortmeldung entscheidet der Vorsitzende über die Reihenfolge. <sup>4</sup>Bei Wortmeldungen „zur Geschäftsordnung“ ist das Wort außer der Reihe sofort zu erteilen. <sup>5</sup>Zuhörern kann das Wort nicht erteilt werden.

(4) <sup>1</sup>Die Redner sprechen von ihrem Platz aus; sie richten ihre Rede an den Stadtrat. <sup>2</sup>Die Redebeiträge müssen sich auf den jeweiligen Tagesordnungspunkt beziehen.

(5) <sup>1</sup>Während der Beratung über einen Antrag sind nur zulässig:

1. Anträge zur Geschäftsordnung,
2. Zusatz- oder Änderungsanträge oder Anträge auf Zurückziehung des zu beratenden Antrags.

<sup>2</sup>Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort abzustimmen; eine Beratung zur Sache selbst findet insoweit nicht statt. <sup>3</sup>Sofern sich ein Stadtrat/eine Stadträtin bereits an der Diskussion beteiligt hat, darf diese Person keinen Antrag auf Schluss der Debatte mehr stellen.

(6) Wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen, wird die Beratung vom Vorsitzenden geschlossen.

(7) <sup>1</sup>Bei Verstoß gegen die vorstehenden Regeln zu Redebeiträgen, ruft der Vorsitzende zur Ordnung und macht die betreffende Person auf den Verstoß aufmerksam. <sup>2</sup>Bei weiteren Verstößen kann ihnen der Vorsitzende das Wort entziehen.

(8) <sup>1</sup>Mitglieder des Stadtrats, die die Ordnung fortgesetzt erheblich stören, kann der Vorsitzende mit Zustimmung des Stadtrats von der Sitzung ausschließen. <sup>2</sup>Über den Ausschluss von weiteren Sitzungen entscheidet der Stadtrat (Art. 53 Abs. 2 GO).

(9) <sup>1</sup>Der Vorsitzende kann die Sitzung unterbrechen oder aufheben, falls Ruhe und Ordnung im Sitzungssaal auf andere Weise nicht wiederhergestellt werden können. <sup>2</sup>Eine

unterbrochene Sitzung ist spätestens am nächsten Tag fortzuführen; einer neuerlichen Einladung hierzu bedarf es nicht. <sup>3</sup>Die Beratung ist an dem Punkt fortzusetzen, an dem die Sitzung unterbrochen wurde. <sup>4</sup>Der Vorsitzende gibt Zeit und Ort der Fortsetzung bekannt.

## § 30

### Abstimmung

(1) <sup>1</sup>Nach Durchführung der Beratung oder nach Annahme eines Antrags auf „Schluss der Beratung“ schließt der Vorsitzende die Beratung und lässt über den Beratungsgegenstand abstimmen. <sup>2</sup>Er vergewissert sich zuvor, ob die Beschlussfähigkeit (§ 20 Abs. 2 und 3) gegeben ist.

(2) Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so wird über sie in der nachstehenden Reihenfolge abgestimmt:

1. Anträge zur Geschäftsordnung,
2. Anträge, die mit dem Beschluss eines Ausschusses übereinstimmen; über sie ist vor allen anderen Anträgen zum gleichen Beratungsgegenstand abzustimmen,
3. weitergehende Anträge; das sind die Anträge, die voraussichtlich einen größeren Aufwand erfordern oder einschneidendere Maßnahmen zum Gegenstand haben,
4. früher gestellte Anträge vor später gestellten, sofern der spätere Antrag nicht unter die Nrn. 1 bis 3 fällt.

(3) <sup>1</sup>Grundsätzlich wird über jeden Antrag insgesamt abgestimmt. <sup>2</sup>Über einzelne Teile eines Antrags wird getrennt abgestimmt, wenn dies beschlossen wird oder der Vorsitzende eine Teilung vornimmt.

(4) <sup>1</sup>Vor der Abstimmung soll der Antrag verlesen werden. <sup>2</sup>Der Vorsitzende formuliert die zur Abstimmung anstehende Frage so, dass sie mit „ja“ oder „nein“ beantwortet werden kann.

(5) <sup>1</sup>Beschlüsse werden in offener Abstimmung durch Handaufheben oder auf Beschluss des Stadtrats durch namentliche Abstimmung mit einfacher Mehrheit der Abstimmenden gefasst, soweit nicht im Gesetz eine besondere Mehrheit vorgeschrieben ist. <sup>2</sup>Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt (Art. 51 Abs. 1 GO); wird dadurch ein ausnahmsweise negativ formulierter Antrag abgelehnt, bedeutet dies nicht die Beschlussfassung über das Gegenteil. <sup>3</sup>Kein Mitglied des Stadtrats darf sich der Stimme enthalten (Art. 48 Abs. 1 Satz 2 GO).

(6) <sup>1</sup>Die Stimmen sind, soweit erforderlich, durch den Vorsitzenden zu zählen. <sup>2</sup>Das Abstimmungsergebnis ist unmittelbar nach der Abstimmung bekannt zu geben; dabei ist festzustellen, ob der Antrag angenommen oder abgelehnt ist.

(7) <sup>1</sup>Über einen bereits zur Abstimmung gebrachten Antrag kann in derselben Sitzung die Beratung und Abstimmung nicht nochmals aufgenommen werden, wenn nicht alle Mitglieder, die an der Abstimmung teilgenommen haben, mit der Wiederholung einverstanden sind. <sup>2</sup>In einer späteren Sitzung kann, soweit gesetzlich nichts anderes vorgesehen, ein bereits zur Abstimmung gebrachter Beratungsgegenstand insbesondere dann erneut behandelt werden, wenn neue Tatsachen oder neue gewichtige Gesichtspunkte vorliegen und der Beratungsgegenstand ordnungsgemäß auf die Tagesordnung gesetzt wurde.



## **§ 31**

### **Wahlen**

(1) Für Entscheidungen des Stadtrats, die in der Gemeindeordnung oder in anderen Rechtsvorschriften als Wahlen bezeichnet werden, gilt Art. 51 Abs. 3 GO, soweit in anderen Rechtsvorschriften nichts Abweichendes bestimmt ist.

(2) <sup>1</sup>Wahlen werden in geheimer Abstimmung mit Stimmzetteln vorgenommen. <sup>2</sup>Ungültig sind insbesondere Neinstimmen, leere Stimmzettel und solche Stimmzettel, die den Namen des Gewählten nicht eindeutig ersehen lassen oder aufgrund von Kennzeichen oder ähnlichem das Wahlgeheimnis verletzen können.

(3) <sup>1</sup>Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. <sup>2</sup>Ist mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen ungültig, ist die Wahl zu wiederholen. <sup>3</sup>Ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gültig und erhält keiner der Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, findet Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmenzahlen statt. <sup>4</sup>Haben im ersten Wahlgang mehr als zwei Bewerber die gleiche höchste Stimmenzahl, wird die Wahl wiederholt. <sup>5</sup>Haben mehrere Bewerber die gleiche zweithöchste Stimmenzahl, entscheidet das Los darüber, wer von ihnen in die Stichwahl kommt. <sup>6</sup>Bei Stimmgleichheit in der Stichwahl entscheidet gleichfalls das Los.

## **§ 32**

### **Anfragen**

<sup>1</sup>Die Stadratsmitglieder können in jeder Sitzung nach Erledigung der Tagesordnung an den Vorsitzenden Anfragen über solche Gegenstände richten, die in die Zuständigkeit des Stadtrats fallen und nicht auf der Tagesordnung stehen. <sup>2</sup>Nach Möglichkeit sollen solche Anfragen sofort durch den Vorsitzenden oder anwesende Gemeindebedienstete beantwortet werden. <sup>3</sup>Ist das nicht möglich, so werden sie in der nächsten Sitzung oder schriftlich beantwortet. <sup>4</sup>Eine Aussprache über Anfragen findet in der Sitzung grundsätzlich nicht statt.

## **§ 33**

### **Beendigung der Sitzung**

Nach Behandlung der Tagesordnung und etwaiger Anfragen schließt der Vorsitzende die Sitzung.

## **IV. Sitzungsniederschrift**

## **§ 34**

### **Form und Inhalt**

(1) <sup>1</sup>Über die Sitzungen des Stadtrats werden Niederschriften gefertigt, deren Inhalt sich nach Art. 54 Abs. 1 GO richtet. <sup>2</sup>Die Niederschriften werden getrennt nach öffentlichen und

nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten geführt. <sup>3</sup> Niederschriften sind jahrgangswise zu binden.

(2) <sup>1</sup>Als Hilfsmittel für das Anfertigen der Niederschrift können Tonaufnahmen gefertigt werden. <sup>2</sup>Der Tonträger ist unverzüglich nach Genehmigung der Niederschrift zu löschen und darf Außenstehenden nicht zugänglich gemacht werden.

(3) <sup>1</sup>Ist ein Mitglied des Stadtrats bei einer Beschlussfassung abwesend, so ist dies in der Niederschrift besonders zu vermerken. <sup>2</sup>Jedes Mitglied kann verlangen, dass in der Niederschrift festgehalten wird, wie es abgestimmt hat (Art. 54 Abs. 1 Satz 3 GO).

(4) Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen und vom Stadtrat zu genehmigen (Art. 54 Abs. 2 GO).

(5) Neben der Niederschrift werden Anwesenheitslisten geführt.

## **§ 35**

### **Einsichtnahme und Abschrifterteilung**

(1) In die Niederschriften über öffentliche Sitzungen können alle Gemeindeglieder Einsicht nehmen; dasselbe gilt für auswärts wohnende Personen hinsichtlich ihres Grundbesitzes oder ihrer gewerblichen Niederlassungen im Gemeindegebiet (Art. 54 Abs. 3 Satz 2 GO).

(2) <sup>1</sup>Stadtratsmitglieder können jederzeit die Niederschriften über öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen einsehen und sich Abschriften der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse erteilen lassen (Art. 54 Abs. 3 Satz 1 GO). <sup>2</sup>Abschriften von Beschlüssen, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden, können sie verlangen, wenn die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (Art. 52 Abs. 3 i. V. m. Art. 54 Abs. 3 Satz 1 GO).

(3) <sup>1</sup>Niederschriften über öffentliche Sitzungen können den Stadtratsmitgliedern elektronisch zur Verfügung gestellt werden. <sup>2</sup>In diesem Fall werden die Niederschriften als nicht veränderbare Dokumente durch E-Mail oder, wenn schutzwürdige Daten enthalten sind, durch De-Mail oder in verschlüsselter Form übermittelt. <sup>3</sup>Beschlüsse, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden, können elektronisch übermittelt werden, wenn die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

(4) <sup>1</sup>Ist ein Ratsinformationssystem verfügbar, können Niederschriften über öffentliche Sitzungen den Stadtratsmitgliedern im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt werden. <sup>2</sup>Gleiches gilt für Beschlüsse, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden, wenn die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

(5) In Rechnungsprüfungsangelegenheiten können die Stadtratsmitglieder jederzeit die Berichte über die Prüfungen einsehen (Art. 102 Abs. 4 GO); Abschriften werden nicht erteilt.

## **V. Geschäftsgang der Ausschüsse**

## **§ 36**

### **Anwendbare Bestimmungen**

(1) <sup>1</sup>Für den Geschäftsgang der Ausschüsse gelten die §§ 19 bis 35 sinngemäß mit der Einschränkung, dass die Ladungsfrist für den Bauausschuss 3 Tage beträgt. <sup>2</sup> Stadtratsmitglieder, die einem Ausschuss nicht angehören, erhalten die Ladungen zu den Sitzungen nebst Tagesordnung nachrichtlich. <sup>3</sup>Über Verhandlungen der vorberatenden Ausschüsse werden keine Niederschriften angefertigt. <sup>4</sup>Die Ergebnisse der Behandlung einzelner Tagesordnungspunkte von Sitzungen vorberatender Ausschüsse sind in einem Aktenvermerk festzuhalten. <sup>5</sup>Von Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen beschließender Ausschüsse wird sowohl den Ausschussmitgliedern als auch den Fraktionsvorsitzenden nach Fertigstellung eine Kopie zur Verfügung übersandt.

(2) <sup>1</sup>Mitglieder des Stadtrats können in der Sitzung eines Ausschusses, dem sie nicht angehören, nur als Zuhörer anwesend sein. <sup>2</sup>Berät ein Ausschuss über den Antrag eines Stadtratsmitglieds, das diesem Ausschuss nicht angehört, so gibt der Ausschuss dem Antragsteller Gelegenheit, seinen Antrag mündlich zu begründen. <sup>3</sup>Satz 1 und 2 gelten für öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen.

## **VI. Bekanntmachung von Satzungen und Verordnungen**

### **§ 37**

#### **Art der Bekanntmachung**

(1) <sup>1</sup>Satzungen und Verordnungen werden dadurch amtlich bekannt gemacht, dass sie in der Stadtverwaltung zur Einsicht niedergelegt werden und die Niederlegung durch Anschlag an der Amtstafel sowie im Internet mittels Amtsblatt öffentlich einsehbar bekanntgegeben wird. <sup>2</sup>Der Anschlag wird an der Amtstafel erst angebracht, wenn die Satzung oder Verordnung in der Verwaltung niedergelegt ist. <sup>3</sup>Er wird an der Amtstafel angebracht und frühestens nach 14 Tagen wieder abgenommen. <sup>4</sup>Es wird schriftlich festgehalten, wann der Anschlag angebracht und wann er wieder abgenommen wurde; dieser Vermerk wird zu den Akten genommen. <sup>5</sup>Die Mitteilung wird erst veröffentlicht, wenn die Satzung oder Verordnung in der Stadtverwaltung niedergelegt ist.

(2) Wird eine Satzung oder Verordnung ausnahmsweise aus wichtigem Grund auf eine andere in Art. 26 Abs. 2 GO bezeichnete Art amtlich bekannt gemacht, so wird hierauf durch Anschlag an der Amtstafel sowie im Internet mittels Amtsblatt öffentlich einsehbar hingewiesen.

## **C. Schlussbestimmungen**

### **§ 38**

#### **Änderung der Geschäftsordnung**

Vorstehende Geschäftsordnung kann durch Beschluss des Stadtrats geändert werden.

## § 39

### Verteilung der Geschäftsordnung

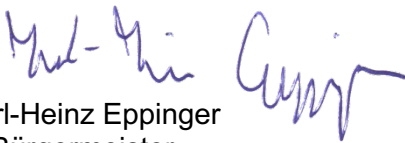
<sup>1</sup>Jedem Mitglied des Stadtrats ist ein Exemplar der Geschäftsordnung auszuhändigen. <sup>2</sup>Im Übrigen liegt die Geschäftsordnung zur allgemeinen Einsicht in der Verwaltung der Gemeinde auf.

## § 40

### Inkrafttreten

<sup>1</sup>Diese Geschäftsordnung tritt mit Wirkung vom 14.09.2023 in Kraft. <sup>2</sup>Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 15.02.2022 außer Kraft.

Zwiesel, 14.09.2023



Karl-Heinz Eppinger  
1. Bürgermeister

# Anhänge

Mitglieder des Stadtrats

Referenten

Ausschussbesetzungen

## Mitglieder des Stadtrats

Familiennname, Vorname	Beruf	Partei
Ehrenthaler, Josef	Geschäftsleiter i. R.	SPD
Fuggenthaler, Alois	Rechtsanwalt	PWG
Haase, Christoph	Student für Berufsschullehramt	CSU
Hannes, Alexander	Dipl. Rechtspfleger (FH)	CSU
Kagerbauer, Thomas	Förderlehrer	PWG
Keilhauer, Susanne	Dipl.- Religionspädagogin	Grüne
Kollmaier, Markus	Technischer Leiter	SPD
Leher, Josef	selbständiger Schreinermeister	CSU
Lippl, Martin	Industrie-Informatiker	Grüne
Lobenz, Andreas	Bankbetriebswirt	SPD
Marx, Hans Peter	Gasfachberater	FW
Mertens, Dr. Jörg Peter	Arzt	CSU
Metz, János	Selbständiger Kaufmann	PWG
Pfeffer, Elisabeth	Diplom-Kauffrau (Univ.)	CSU
Schlüter, Jens	Dipl. Ing. (FH), Förster	Grüne
Stadler, Georg	Dipl-Finanzwirt (FH), Landesbeamter	FW
Süß, Josef	Elektrohandwerksmeister	FW
Unnasch, Walter	Polizeibeamter i. R.	CSU
Vilsmeier-Wenzl, Susanne	Rechtsanwältin	FW
Zettner, Dr. Elisabeth	Rechtsanwältin	CSU

## Referenten

<b>Aufgabengebiete (Referate) Bezeichnung</b>	<b>Referenten Familiennamen, Vorname)</b>
Ehrenamt- und Agendaangelegenheiten	Hannes Alexander
Feuerwehrwesen und Rettungsdienste	Kollmaier Markus
Friedhof und Grünanlagen	-
Kinder und Jugend	Lobenz Andreas
Senioren und Menschen mit Handicap	Dr. Jörg Mertens
Sport und Sporteinrichtungen	Kagerbauer Thomas
Tourismus	Fuggenthaler Alois
Umwelt, Energie und Klima	Lippl Martin
Wirtschaft, Stadtentwicklung und Kultur	Dr. Zettner Elisabeth

# Ausschussmitglieder und Stellvertreter

## Hauptausschuss

Vorsitzender: 1. Bürgermeister

Stellvertreter: 2. Bürgermeisterin

Fraktion	Mitglied(er)	Reihenfolge Stellvertreter
CSU	Pfeffer Elisabeth Dr. Zettner Elisabeth	1. Unnasch Walter 2. Hannes Alexander 3. Leher Josef
SPD	Lobenz Andreas	1. Kollmaier Markus 2. Ehrenthaler Josef
Grüne	Lippl Martin	1. Schlüter Jens 2. Keilhauer Susanne
FW	Marx Hans Peter	1. Süß Josef 2. Stadler Georg
PWG	Metz János	1. Fuggenthaler Alois 2. Kagerbauer Thomas

## Bauausschuss

Vorsitzender: 1. Bürgermeister

Stellvertreter: 2. Bürgermeisterin

Fraktion	Mitglied(er)	Reihenfolge Stellvertreter
CSU	Leher Josef Dr. Mertens Jörg	1. Haase Christoph 2. Dr. Zettner Elisabeth 3. Unnasch Walter
SPD	Ehrenthaler Josef	1. Kollmaier Markus 2. Lobenz Andreas
Grüne	Schlüter Jens	1. Keilhauer Susanne 2. Lippl Martin
FW	Vilsmeier-Wenzl Susanne	1. Stadler Georg 2. Marx Hans Peter
PWG	Metz János	1. Fuggenthaler Alois 2. Kagerbauer Thomas



## Grenzlandfestausschuss

Vorsitzender: 1. Bürgermeister

Stellvertreter: 2. Bürgermeisterin

Fraktion	Mitglied(er)	Reihenfolge Stellvertreter
CSU	Haase Christoph Leher Josef	1. Dr. Zettner Elisabeth 2. Dr. Mertens Jörg 3. Hannes Alexander
SPD	Ehrenthaler Josef	1. Lobenz Andreas 2. Kollmaier Markus
Grüne	Schlüter Jens	1. Keilhauer Susanne 2. Lippl Martin
FW	Vilsmeier-Wenzl Susanne	1. Stadler Georg 2. Josef Süß
PWG	Fuggenthaler Alois	1. Metz János 2. Kagerbauer Thomas

## Ausschuss für Tourismusfragen und Kultur

Vorsitzender: 1. Bürgermeister

Stellvertreter: 2. Bürgermeisterin

Fraktion	Mitglied(er)	Reihenfolge Stellvertreter
CSU	Pfeffer Elisabeth Dr. Mertens Jörg	1. Haase Christoph 2. Leher Josef 3. Dr. Zettner Elisabeth
SPD	Lobenz Andreas	1. Kollmaier Markus 2. Ehrenthaler Josef
Grüne	Schlüter Jens	1. Keilhauer Susanne 2. Lippl Martin
FW	Süß Josef	1. Stadler Georg 2. Vilsmeier-Wenzl Susanne
PWG	Fuggenthaler Alois	1. Metz János 2. Kagerbauer Thomas

## Werkausschuss

Vorsitzender: 1. Bürgermeister

Stellvertreter: 2. Bürgermeisterin

Fraktion	Mitglied(er)	Reihenfolge Stellvertreter
CSU	Hannes Alexander Pfeffer Elisabeth	1. Leher Josef 2. Dr. Mertens Jörg 3. Dr. Zettner Elisabeth
SPD	Kollmaier Markus	1. Ehrenthaler Josef 2. Lobenz Andreas
Grüne	Lippl Martin	1. Keilhauer Susanne 2. Schlüter Jens
FW	Süß Josef	1. Marx Hans Peter 2. Stadler Georg
PWG	Kagerbauer Thomas	1. Fuggenthaler Alois 2. Metz János

## Energie und Stadtentwicklung

Vorsitzender: 1. Bürgermeister

Stellvertreter: 2. Bürgermeisterin

Fraktion	Mitglied(er)	Reihenfolge Stellvertreter
CSU	Dr. Zettner Elisabeth Hannes Alexander	1. Pfeffer Elisabeth 2. Haase Christoph 3. Dr. Mertens Jörg
SPD	Kollmaier Markus	1. Ehrenthaler Josef 2. Lobenz Andreas
Grüne	Keilhauer Susanne	1. Schlüter Jens 2. Lippl Martin
FW	Vilsmeier-Wenzl Susanne	1. Stadler Georg 2. Marx Hans Peter
PWG	Metz János	1. Kagerbauer Thomas 2. Fuggenthaler Alois

## Rechnungsprüfungsausschuss

Vorsitzender: Kagerbauer Thomas

Stellvertreter: Stadler Georg

Fraktion	Mitglied(er)	Reihenfolge Stellvertreter
CSU	Unnasch Walter Haase Christoph	1. Dr. Mertens Jörg 2. Pfeffer Elisabeth 3. Hannes Alexander
SPD	Lobenz Andreas	1. Kollmaier Markus 2. Ehrenthaler Josef
Grüne	Schlüter Jens	1. Lippl Martin 2. Keilhauer Susanne
FW	Stadler Georg	1. Vilsmeier-Wenzl Susanne 2. Süß Josef
PWG	Kagerbauer Thomas	1. Metz János 2. Fuggenthaler Alois

## Mitglieder des Stadtrats

<b>Familiename, Vorname</b>	<b>Beruf</b>	<b>Partei</b>
Ehrenthaler, Josef	Geschäftsleiter i. R.	SPD
Fuggenthaler, Alois	Rechtsanwalt	PWG
Haase, Christoph	Student für Berufsschullehramt	CSU
Hannes, Alexander	Dipl. Rechtspfleger (FH)	CSU
Kagerbauer, Thomas	Förderlehrer	PWG
Keilhauer, Susanne	Dipl.-Religionspädagogin	Grüne
Kollmaier, Markus	Technischer Leiter	SPD
Leher, Josef	selbständiger Schreinermeister	CSU
Lippl, Martin	Industrie-Informatiker	Grüne
Lobenz, Andreas	Bankbetriebswirt	SPD
Marx, Hans Peter	Gasfachberater	FW
Mertens, Dr. Jörg Peter	Arzt	CSU
Metz, János	Selbständiger Kaufmann	PWG
Pfeffer, Elisabeth	Diplom-Kauffrau (Univ.)	CSU
Schlüter, Jens	Dipl. Ing. (FH), Förster	Grüne
Stadler, Georg	Dipl-Finanzwirt (FH), Landesbeamter	FW
Süß, Josef	Elektrohandwerksmeister	FW
Unnasch, Walter	Polizeibeamter i. R.	CSU
Vilsmeier-Wenzl, Susanne	Rechtsanwältin	FW
Zettner, Dr. Elisabeth	Rechtsanwältin	CSU

## Referenten

<b>Aufgabengebiete (Referate) Bezeichnung</b>	<b>Referenten Familiennamen, Vorname)</b>
Ehrenamt- und Agendaangelegenheiten	Hannes Alexander
Feuerwehrwesen und Rettungsdienste	Kollmaier Markus
Friedhof und Grünanlagen	-
Kinder und Jugend	Lobenz Andreas
Senioren und Menschen mit Handicap	Dr. Jörg Mertens
Sport und Sporteinrichtungen	Kagerbauer Thomas
Tourismus	Fuggenthaler Alois
Umwelt, Energie und Klima	Lippl Martin
Wirtschaft, Stadtentwicklung und Kultur	Dr. Zettner Elisabeth